

Jean-François Julliard, *Generaldirektor von [Greenpeace Frankreich](#)*;
Philippe Martinez, *Generalsekretär der [Gewerkschaft CGT](#)*;
Aurélie Trouvé, *Sprecherin von [Attac Frankreich](#)*;
Cécile Duflot, *Generaldirektorin von [Oxfam Frankreich](#)*;
Khaled Gaiji, *Präsident von [Amis de la Terre](#)*;
Nicolas Girod, *Sprecher der [Confédération paysanne](#)*;
Cécile Gondard-Lalanne, *Sprecherin der [Gewerkschaft Union syndicale Solidaires](#)*;
Benoit Teste, *Generalsekretär des [Gewerkschaftsbundes FSU](#)*

Aufruf für soziale Gerechtigkeit und für das Klima

Paris, 18. Januar 2020

Während die 50. Veranstaltung des Wirtschaftsforums von Davos eröffnet wird, brennt der Planet. Und noch nie zuvor stand das ungleiche und klimaschädliche globale Wirtschafts- und Finanzsystem, das durch diese Zusammenkunft der wirtschaftlichen und politischen Eliten symbolisiert wird, so sehr in Frage.

Immer mehr Wissenschaftler und Wirtschaftswissenschaftler schlagen täglich Alarm. Märsche und Streiks von Jugendlichen für das Klima, die Bewegung der Gelbwesten, Demonstrationen zur Verteidigung unserer Renten in Frankreich: In den letzten Monaten haben hier wie in vielen anderen Ländern der Welt soziale und ökologische Bewegungen gemeinsame Forderungen gestellt und versucht, egalitäre, demokratische Gesellschaftsentwürfe zu entwickeln, die auf sozialer Gerechtigkeit und der Erhaltung der Ressourcen unseres Planeten basieren.

Die sozialen und ökologischen Krisen haben ihre Wurzeln in einer jahrzehntelangen Politik zum Abbau der sozialen Errungenschaften

In Frankreich haben die sozialen und ökologischen Krisen ihre Wurzeln in einer jahrzehntelangen Politik zum Abbau der sozialen Errungenschaften und der öffentlichen Dienste, zur Unterwerfung unter ineffiziente und destruktive produktivistische Wirtschaftsdoktrinen, zur Aufrechterhaltung der Allmacht des Finanzsektors und von Steuergeschenken für die umweltschädlichsten multinationalen Unternehmen.

Wie kann es geduldet werden, dass der Lobbyismus von Unternehmen wie Total zur Umgehung

des Gesetzes mit Unterstützung der Regierung und zur Aufrechterhaltung einer Steuernische für Palmöl führt, die die Abholzung auf der anderen Seite der Welt anheizt?

Wie kann man es hinnehmen, dass Unternehmen wie Amazon sich ihren Steuerpflichten entziehen, ihren Mitarbeitern unwürdige Arbeitsbedingungen auferlegen und mehr Arbeitsplätze vernichten, als sie schaffen, wiederum mit voller Unterstützung der Regierung?

Wie können wir akzeptieren, dass die sehr Reichen vierzigmal mehr CO₂ ausstoßen als die Ärmsten und dass Letztere im Verhältnis zu ihrem Einkommen eine viermal so hohe CO₂-Steuer zahlen?

Trotz starker Widerstandsbewegungen setzt Emmanuel Macron weiterhin neoliberale Reformen um, die die Ungleichheiten verstärken und die sozialen Errungenschaften, die unser Land prägen, zerstören, und ergreift keine ehrgeizigen Maßnahmen, um dem Klimawandel und der Zerstörung der biologischen Vielfalt zu begegnen.

Es geht in der Tat um eine grundlegende Veränderung der Gesellschaft. Als Akteure der sozialen Bewegungen, der Umweltbewegungen und Gewerkschaften können wir uns nicht damit abfinden, noch weitere Jahre sozialer Rückschläge, die durch die Politik der aufeinander folgenden Regierungen betrieben wurden, und der Untätigkeit angesichts der ökologischen Notlage zu erleben. Angesichts des wachsenden Gefühls der Verzweiflung und der Angst vor der Zukunft können wir nicht akzeptieren, dass die einzige Alternative in den kommenden Jahren eine autoritärere, diskriminierende und fremdenfeindliche Politik sein soll.

Wir rufen zu einer Debatte in den kommenden Monaten auf und zum Aufbau eines emanzipatorischen Projekts für das 21. Jahrhundert

Mit Lösungen von gestern oder mit einer Abschottung wird es keine Lösung der heutigen Krise geben. Wir, die zivilgesellschaftlichen Akteure, Gewerkschaften und Verbände, haben nicht das Wunderrezept, um diesen Trend umzukehren.

Aber wir bekräftigen hier unseren Entschluss, Perspektiven für eine radikale, ökologische, solidarische und demokratische Umgestaltung der Gesellschaft zu schaffen, die auf dem Zugang zu Rechten für alle und der Ablehnung jeglicher Diskriminierung aufgrund von Geschlecht, Herkunft, Klasse und sexueller Orientierung beruht. Wir fordern eine echte Wende in den Bereichen Energie, Landwirtschaft und Industrie, das heißt eine tiefgreifende, wegen der Umwelt- und Klimakrise erforderliche Veränderung der Produktions- und Konsumweisen.

Wir erstreben eine bessere Verteilung des Reichtums durch echte Steuergerechtigkeit, die Ausweitung der sozialen Rechte, ein Ende der Allmacht der Finanzmärkte und des Einflusses der multinationalen Unternehmen auf die Politik. Kurz gesagt, das Gegenteil dessen, was in Davos eine wirtschaftliche und politische Elite anstrebt, die vor allem ihre Privilegien und Interessen zu Lasten hochwertiger Lebensbedingungen für die große Mehrheit zu bewahren sucht.

In dieser Perspektive rufen wir dazu auf, in den kommenden Monaten ein emanzipatorisches Projekt für das 21. Jahrhundert zu diskutieren und zu entwickeln.

Es wird keine Arbeitsplätze auf einem toten Planeten geben

Dieses Projekt kann die Gesellschaft nicht aufrütteln, wenn es nicht auch die am meisten Betroffenen, die am stärksten Prekärisierten anspricht, diejenigen, die am stärksten unter der Gewalt des gegenwärtigen neoliberalen Systems und all seinen Folgen leiden.

Originaltext: <https://france.attac.org/actus-et-medias/dans-les-medias/article/tribune-urgence-sociale-urgence-climatique>, zuerst in 'Journal du Dimanche' veröffentlicht (lejdk.fr, [Link](#)) Übersetzung: MT, SiG-Red.

Dieses Projekt muss mit unserem täglichen Leben, mit dem, was wir bei der Arbeit, bei dem schwierigen Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen wie Gesundheit, Bildung, Wohnen und Verkehr erleben, verbunden werden.

Es muss auf Erfahrungen und auf bereits geführten oder laufenden kollektiven Kämpfen beruhen und in allen Gesellschaftsbereichen diskutiert werden, vor allem in den Unternehmen, die zur Bewältigung der Herausforderungen von morgen sich verändern müssen.

Es muss konkret aufzeigen, wie wir durch eine alternative nationale und lokale Politik, die andere internationale Regelungen, andere Unternehmensformen und andere Formen des Umgangs mit den gemeinschaftlichen Gütern unterstützt, das Leiden unter sozialer Ungerechtigkeit und der ökologischen Katastrophe beenden können. Da es auf einem toten Planeten keine Arbeitsplätze geben wird, muss es auch zeigen, wie Industrie, Dienstleistungen und Landwirtschaft dem Schutz der von der Natur angebotenen Ressourcen gerecht werden.

Dieses große Projekt wollen wir in den kommenden Monaten in Angriff nehmen, während wir gleichzeitig gemeinsam die Vorhaben der Regierung blockieren wollen, die sich dem entgegenstellen: vom Abbau des Rentensystems und der Arbeitslosenversicherung über die Schließung von Eisenbahngüterverkehrslinien und immer weiteren Privatisierungen bis zur Unterzeichnung von klimaschädigenden Freihandelsabkommen.

Unsere Initiative ist nicht das Ende, sondern der Anfang eines Prozesses, der allen Interessengruppen offensteht, die verstehen, dass unser System am Ende seiner Kräfte ist. Dieser Prozess muss uns dazu bringen, gemeinsam etwas zu entwerfen und auf der Grundlage der Wirklichkeit, verankert im täglichen Leben der meisten, konkrete Vorschläge zu erarbeiten, um auf das doppelte Problem der klimatischen und der soziale Notlage zu reagieren. Damit können wir unseren Mitbürgern zeigen, dass es eine andere Vision der Welt als die der Eliten in Davos gibt.